



Integrationshilfe Sachsen-Anhalt e.V.



Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper,

seit einiger Zeit sind die Integration von Migrantinnen und Migranten in Magdeburg, sowie deren Unterbringung immer wieder Thema im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg. Insbesondere bezüglich der Unterbringung von Asylbewerbern in der Gemeinschaftsunterkunft Grusonstraße/Bahnikstraße in Verbindung mit der angestrebten und auch vom Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt empfohlenen dezentralen Unterbringung in Wohnungen tauchen in regelmäßigen Abständen widersprüchliche Informationen und Bestrebungen der Stadtverwaltung auf. Aus diesem Anlass möchten wir hier zusammenfassend eine Chronik der Informationen und Beschlüsse darstellen:

Am 24. Juni 2010 beschließt der Stadtrat die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Grusonstraße 7d-e/Bahnikstraße 8, 8a, 8b zum 30.06.2011¹. Dies wurde mit den sinkenden Zuweisungen durch die Zentrale Aufnahmestelle in Halberstadt begründet. Es wurde außerdem sehr folgerichtig dargestellt, dass eine dezentrale Unterbringung gegenüber der Unterbringung in der genannten Gemeinschaftsunterkunft kostengünstiger ist. Bei einer Schließung käme es zu folgenden Einsparungen:

	Anzahl der Personen	Ersparnis pro Jahr
	Einzelperson	1.030,80 Euro
Familien	2	4.293,60 Euro
	3	7.705,20 Euro
	4	18.163,20 Euro

¹: Ersparnis für Einzelpersonen und Familien pro Jahr bei dezentraler Unterbringung, vgl. DS0090/10 vom 20.05.2010 S. 7

¹ Drucksache DS0099/10 vom 20. Mai 2010

Laut den uns vorliegenden Daten² befanden sich im November 2011 insgesamt 109 Personen in der Gemeinschaftsunterkunft Grusonstraße/Bahnikstraße, davon 18 Einzelpersonen und 21 Familien mit insgesamt 45 Kindern. Legt man diese Daten zugrunde erhält man für eine dezentrale Unterbringung dieser Personen eine jährliche Einsparung in Höhe von rund **400.000 Euro**.

Am 22.09.2011 (drei Monate nach dem eigentlichen Auslaufen des Mietvertrages) beschloss der Stadtrat die Änderung der vorhergehenden Drucksache³ derart, dass die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft um ein Jahr auf den 30.06.2012 mit 6-monatiger Verlängerungsoption verschoben wird.

Diese Schließung, insbesondere der Zeitpunkt der Schließung, wurde durch Sie bei der Anhörung des Runden Tisches gegen Ausländerfeindlichkeit am 01.11.2011 in Magdeburg bestätigt. Zudem kündigten Sie an, dass bis 2013 auch die Gemeinschaftsunterkunft Windmühlenstraße geschlossen werden solle, sodass dann alle Asylbewerber in Wohnungen untergebracht werden sollten. Auf Nachfrage im Rahmen der Anhörung des Runden Tisches gegen Ausländerfeindlichkeit konnte Frau Henning (Sozial- und Wohnungsamt) nicht bestätigen, dass eine Schließung der Gemeinschaftsunterkünfte angedacht sei und war sogar von Ihren diesbezüglichen Ausführungen überrascht.

Da es demnach anscheinend Unklarheiten und Widersprüche zwischen Ihrer Aussage und dem Kenntnisstand der Mitarbeiter der Verwaltung gibt, stellt sich uns die Frage, ob die speziell für Integrationskoordination und –umsetzung zuständige ämterübergreifende Lenkungsgruppe und der Integrationskoordinator, Herr Coulibaly, selbst an den letzten Entscheidungen und Stellungnahmen beteiligt worden sind, da diese bisher auch öffentlich andere Meinungen vertraten.

Nach letztem Stand⁴ soll die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Grusonstraße/Bahnikstraße nun doch nochmals verschoben werden – die Kapazitäten dieser Gemeinschaftsunterkunft sollen sogar erweitert werden. Von einer Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Windmühlenstraße ist überhaupt keine Rede mehr. Dies empfinden wir als klaren Wortbruch! Außerdem halten wir es für bedenklich, dass nicht alle zuständigen Gremien und Mitarbeiter der Verwaltung in die Erarbeitung dieser Stellungnahme eingebunden wurden.

Insbesondere für die Fehlinformation Ihrerseits bei der Anhörung des Runden Tisches gegen Ausländerfeindlichkeit gibt es nach unserer Ansicht zwei mögliche Erklärungen:

² Stellungnahme S0297/11 vom 29. November 2011

³ Drucksache DS0220/11 vom 31. Mai 2011

⁴ Stellungnahme S0071/12 vom 12. März 2012

1. Die Stadt beabsichtigt tatsächlich die Schließung der Gemeinschaftsunterkünfte und strebt eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber an, wie es auch von den zuständigen Behörden, insbesondere dem Innenministerium, empfohlen wird. In diesem Fall ist es fraglich, warum nicht alle zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung hierüber Bescheid wissen und die dezentrale Unterbringung in der Realität nicht umgesetzt wird.
2. Ihre Aussagen bei der Anhörung des Runden Tisches gegen Ausländerfeindlichkeit dienten lediglich der Erfüllung von bestehenden Erwartungshaltungen und nicht der inhaltlich-korrekten Information der Anwesenden.

Wir möchten Sie bitten, diese Angelegenheit abschließend zu klären und würden uns über eine schriftliche (und öffentliche) Stellungnahme freuen!

Mit freundlichen Grüßen



Robert Willnow

Vorsitzender der

Integrationshilfe Sachsen-Anhalt e.V.



Michael Marquardt

Geschäftsführer der

Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.